

Landkreis Vorpommern-Rügen

Haushalts- und Finanzausschuss



Niederschrift über die 28. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 30.01.2019

Sitzungsraum: Raum 126 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in 18437 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:30 - 18:19 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Thomas Würdisch

Ausschussmitglieder

Herr Horst Badendieck

Frau Gabriele Dörner

Herr Dr. Thomas Hausmann

Herr Lutz Herzberg

Herr Udo Peters

Herr Rüdiger Preß

Herr Michael Schmidt

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Herr Tilo Ziemßen

Stellvertreter

Herr Benjamin Heinke

Vertretung für Herrn Christian
Griwahn

Von der Verwaltung

Frau Heike Karnatz

Herr Georg Rüting

Frau Dörthe Sund

Herr Marco Westphal

Frau Doris Darms

FDL Finanzen

FDL Gebäudem. / Liegenschaften

FGL Kinder- und Jugendarbeit

Protokollführer

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Christian Griwahn

Herr Frank Ilchmann

Herr Uwe Jungnickel

Herr Maximilian Schwarz

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 27. Sitzung vom 13.11.2018 und der Niederschriften der Sondersitzungen vom 06.11.2018 und 26.11.2018
4. Bestellung des Protokollführers und dessen Stellvertreterin für den Haushalts- und Finanzausschuss BV/2/0582
5. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 13. und 17. Dezember 2018 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018 für die Entlastung von Elternbeiträgen bei Kindern unter 3 Jahren BV/2/0580
6. Digitalisierung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen entwickeln BV/2/0586
7. Anfragen
8. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

9. Bestätigung der Niederschrift der 27. Sitzung vom 13.11.2018
10. Grundstücksangelegenheit BV/2/0548/1
11. Anfragen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Würdisch, begrüßt die Anwesenden des HFA, die Vertreter der Verwaltung und der Presse (OZ) und eröffnet die 28. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA).

Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 8 Anwesenden von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Würdisch informiert die Anwesenden, dass der Tagesordnungspunkt 6, die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 21. Dezember 2018 von überplanmäßigen Personalauszahlungen im Haushaltsjahr 2018, von der Verwaltung zurückgezogen wurde. Die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates war nicht notwendig, da die finanziellen Mittel ausgereicht haben. Somit wird der Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung genommen.

Die Tagesordnung wird mit der zuvor genannten Veränderung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	
Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

3. Bestätigung der Niederschrift der 27. Sitzung vom 13.11.2018 und der Niederschriften der Sondersitzungen vom 06.11.2018 und 26.11.2018

Herr Dr. Hausmann tritt um 17:33 Uhr der Sitzung bei.

Über die Niederschrift der 27. Sitzung vom 13.11.2018 und die Niederschriften der Sondersitzungen vom 06.11.2018 und 26.11.2018 wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	13.11.2018	06.11.2018	26.11.2018
Dafür:	7	6	8
Dagegen:	0	0	0
Enthaltungen:	1	2	1

4. Bestellung des Protokollführers und dessen Stellvertreterin für den Haushalts- und Finanzausschuss Vorlage: BV/2/0582

Herr Würdisch gibt das Wort an Frau Karnatz.

Frau Karnatz erläutert den Grund für den Wechsel des Protokollführers des Haushalts- und Finanzausschusses. Herr Schwarz erkundigt sich nach der Stellvertretung. Frau Karnatz teilt mit, dass Frau Darms als Stellvertreterin von Herrn Westphal vorgesehen ist.

Darüber wird wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts- und Finanzausschuss beschließt:

Herr Marco Westphal wird als Protokollführer für die Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses bestellt. Frau Doris Darms wird als stellvertretende Protokollführerin bestellt.

Abstimmungsergebnis:	
Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

5. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 13. und 17. Dezember 2018 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018 für die Entlastung von Elternbeiträgen bei Kindern unter 3 Jahren Vorlage: BV/2/0580

Herr Peters tritt um 17:35 Uhr und Herr Herzberg um 17:37 Uhr der Sitzung bei.

Herr Würdisch übergibt das Wort an Frau Sund.

Frau Sund teilt mit, dass sie als Stellvertreterin an der Sitzung teilnimmt. Sie konnte sich erst heute Nachmittag mit der Angelegenheit auseinandersetzen. Frau Sund stellt den Sachverhalt kurz vor.

Herr Würdisch fragt, ob es Nachfragen zur Stellungnahme von Frau Sund gibt.

Frau Dörner möchte den Hintergrund wissen, warum die geplanten Mittel nicht ausgereicht haben. Die Anzahl und Altersstruktur der Kinder sind doch bekannt.

Frau Sund teilt mit, dass dies grundsätzlich der Fall sei, aber gestiegene Einkommen der Eltern würden zusätzliche Anträge auf Elternentlastung nach sich ziehen. Die Anzahl der Anträge ist nicht exakt planbar. Eine ausführlichere Darlegung des Sachverhaltes ist Frau Sund aufgrund der für sie kurzen Vorbereitungszeit nicht möglich.

Herr Würdisch fragt Frau Dörner, ob ihr die Stellungnahme von Frau Sund genügt. Frau Dörner ist mit der Stellungnahme von Frau Sund nicht zufrieden. Daraufhin schlägt Frau Karnatz vor, dass dem Protokoll zu dieser Sitzung eine ausführlichere Begründung des Fachdienstes 22, auf die Nachfrage von Frau Dörner, beigelegt wird.

An dieser Stelle wird auf die Anlage 1 zum Protokoll verwiesen.

Über die Beschlussvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidungen des Landrates vom 13. und 17. Dezember 2018 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von insgesamt 157.590,00 EUR im Produktsachkonto 3610000.5419008 für die Entlastung von Elternbeiträgen bei Kindern unter 3 Jahren.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Produktsachkonto 3610000.5419005, Übernahme Verpflegungskosten.

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

6. Digitalisierung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen entwickeln
Vorlage: BV/2/0586

Herr Würdisch übergibt das Wort an Herrn Rüting.

Herr Rüting stellt den Sachverhalt kurz vor.

Frau Dörner fragt daraufhin nach, ob wir in der nächsten Sitzung erfahren, wer den Zuschlag erhalten hat.

Herr Rüting beantwortet diese Frage mit ja.

Herr Ziemßen fragt nach, über welchen Zeitraum gesprochen wird.

Herr Rütting teilt mit, dass das 5 Mrd. EUR Paket in 5 Jahresscheiben ausgereicht wird. Schulen sollen bis Ende 2020 angeschlossen sein.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt nach, ob Folgekosten im Haushalt bereits berücksichtigt sind.

Herr Rütting beantwortet die Frage mit nein. Lediglich die Aufwendungen für die LAN / WLAN Ausstattungen an den Schulen sind im Haushaltsplan 2019/2020 enthalten.

Herr Würdich wirft ein, dass die Kosten im Konzept beziffert werden.

Herr Herzberg fragt nach, ob jede Schule ein eigenes Konzept macht. Aus seiner Sicht seien einzelne Konzepte je Schule nicht sinnvoll. Sinnvoll wäre ein Pilotprojekt in Abhängigkeit von der Schulart und der Größe der Schule.

Herr Rütting antwortet daraufhin, dass es genau so kommt. Ein Medienbildungskonzept für jede Schule. Herr Rütting erläutert dann den Unterschied zwischen Medienbildungskonzept und Medienentwicklungskonzept. Im Medienbildungskonzept wird die Frage geklärt, welche Medien in der Schule vertreten sein sollen und im Medienentwicklungskonzept wird für den Landkreis dann geklärt, welche Ausstattung an den Schulen dafür notwendig ist.

Herr Peters stellt fest, dass kleine Schulen dann benachteiligt seien.

Herr Rütting bejaht. Schulträger und Schulleiter sind geladen gewesen. Weiterhin führt Herr Rütting aus, dass aus dem Fördertopf des Digitalpakts jede Schule einen Grundbetrag erhält. Dies ist aber unabhängig von der Anzahl der Standorte einer Schule.

Herr Ziemßen fragt nach, ob die Bezeichnung unter 1 (Basiskonzept Schulentwicklung) in der Beschlussvorlage korrekt sei.

Herr Rütting bestätigt, dass hier ein redaktioneller Fehler vorliegt. Richtig muss es heißen „Basiskonzept digitale Schulanbindung“.

Über die Beschlussvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Auf Grundlage des „Basiskonzepts digitale Schulanbindung“ (Anlage 1) werden alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen schrittweise mit der für die Digitalisierung erforderlichen Informations- und Kommunikations- Infrastruktur geplant und ausgestattet. Damit wird die Grundlage für die zukünftige informationstechnische Ausstattung der Schulen geschaffen, die in einem künftigen Medienentwicklungsplan definiert wird.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die Erstellung eines Medienentwicklungskonzeptes für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises extern zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

7. Anfragen

Frau Dörner fragt nach, warum der geforderte Bericht des Klimaschutzbeauftragten nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Dies sei bereits mehrfach eingefordert worden. Der Ausschuss möchte wissen, was er gemacht hat und welche Vorstellungen der Landrat zur weiteren Tätigkeit hat. Es wird nicht in Abrede gestellt, dass der Klimaschutzbeauftragte wichtig sei.

Frau Karnatz führt daraufhin aus, dass der Klimaschutzbeauftragte bereits im Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss (KEWTA) ausführlich über seine Tätigkeit berichtet hatte. Das Protokoll steht allen Kreistagsmitgliedern zur Einsichtnahme zur Verfügung. Des Weiteren wird in der Verwaltung gegenwärtig darüber beraten, wo der Klimaschutzbeauftragte zukünftig angesiedelt sein wird und wie das Aufgabengebiet zukünftig aussieht.

Frau Dörner ist damit nicht einverstanden, da es schließlich auch mit Geld verbunden ist. Ansonsten bräuchten wir den Haushalts- und Finanzausschuss nicht mehr, wendet sie ein.

Herr Badendieck schließt sich der Forderung nach dem Bericht des Klimaschutzbeauftragten im HFA an.

Es folgt eine kurze Diskussion.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp äußert sein Unverständnis darüber, dass heute nicht über die FAG Reform 2020 und deren Auswirkung gesprochen wird. Auch dies sei gefordert und zugesagt worden.

Herr Würdich erläutert dies kurz.

Herr Peters berichtet, dass ein gemeinsames Schreiben des Städte- und Gemeindetages M-V e.V. und Landkreistages M-V e.V. vom 18. Januar 2019 an Frau Schwesig zu diesem Thema verschickt wurde. Nach kurzer Diskussion wurde festgelegt, dass das Schreiben dem Protokoll beizufügen ist. Herr Peters stellt Herrn Westphal das Dokument per E-Mail zur Verfügung. [Anmerkung des Protokollführers: Durch das Kreistagsbüro wurde das zugesendete Dokument an alle Ausschussmitglieder weitergeleitet.]

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt nach dem Inhalt des Schreibens zur FAG-Reform.

Daraufhin stellten Herr Peters und Herr Würdich die Forderungen an das Land, u.a. das die zusätzlichen Mittel des Bundes den Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, vor.

Frau Darms fragt, ob es ein offizieller Antrag gewesen sei, dass der Klimaschutzbeauftragte auf der nächsten Sitzung des HFA's berichten soll. Dann müsse darüber abgestimmt werden.

Herr Würdich formulierte den Beschlussvorschlag. Dazu wurde wie folgt abgestimmt:

Der HFA beschließt, dass der Klimaschutzbeauftragte auf der nächsten Ausschusssitzung über seine bisherige Tätigkeit und die Verwaltung über die zukünftige Tätigkeit des Klimaschutzbeauftragten berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	10
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

8. Mitteilungen

Frau Karnatz berichtet über die derzeitigen Aufgaben im Fachdienst Finanzen.

- bis 31.01.2019 Buchungen im Ergebnishaushalt möglich
- alle Fachdienste bzgl. Abweichungsanalyse 2018 angeschrieben, Frist bis 22.02.2019
- Jahresabschluss 2018 soll bis 31.05.2019 fertig sein und dann ans RPA übergeben werden. Mit der Novellierung der GemHVO werden dann die neuen gesetzlichen Vorgaben der fristgerechten Aufstellung des Jahresabschlusses bis zum 31.05. des Folgejahres einhalten.
- Landkreis steht insgesamt gut dar und wird mit einem positivem Jahresergebnis abschließen
- Haushaltsübertragungen nach § 15 GemHVO sind bis 28.02.2019 möglich
- parallel werden Fragen des RPA´s zum Jahresabschluss 2017 beantwortet
- Haushaltssatzung wurde beim Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde zur Genehmigung eingereicht und wird gegenwärtig geprüft
- derzeit nach den Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung nach § 49 KV M-V gearbeitet
- digitalen Anordnungsworkflow wird kurz erläutert
- alle Fachdienste sollen bis zum Ende des Jahres umgestellt werden
- Hintergrund ist die gesetzliche Erfordernis
 - bis zum 27.11.2019 sind Eingangsrechnungen und
 - bis zum 27.11.2020 sind Ausgangsrechnungen umzustellen
- Mitarbeiter des Fachdienstes Finanzen schulen die Mitarbeiter in den anderen Fachdiensten und bereiten die intensive Umstellung vor
- Pilotfachdienst ist Personal (seit 08.01.2019), ab 01.02.2019 folgt dann der Fachdienst Finanzen.
- die Beteiligungen des Bundes an den Kosten der Unterkunft wurden insgesamt um 1 Mrd. EUR gesenkt, Ausgleich soll in gleicher Höhe über die Anteile an der Umsatzsteuer erfolgen (Bundesgesetz vom 14.12.2018)
 - Auswirkung für den Landkreis: 2,8 Mio. EUR weniger Erträge/Einzahlungen
 - bei den Kommunen kommen über den Ausgleich aber nur 1,6 Mio. EUR an
- Für den Landkreis ist derzeit keine Kompensation ersichtlich. Klar ist aber, dass der Anteil an den Kosten der Unterkunft rückläufig ist. Die Mindererträge des Landkreises müssen eventuell mit Haushaltssperren kompensiert werden.

Keine weiteren Nachfragen

21.02.2019, gez. Thomas Würdisch

Datum, Unterschrift
Thomas Würdisch
Ausschussvorsitzender

20.02.2019, gez. Marco Westphal

Datum, Unterschrift
Marco Westphal
Protokollführer